

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 17.11.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100
Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:15 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD

Herr Claas Merfort - CDU

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Dr. Hans E. Müller - AfD

Frau Annika Naber - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Michael Baumgart

Herr Arnim Graßhoff

Herr Andreas Paruszewski

Herr Gerrit Stühmeier

Frau Christine Wolnik

Herr Norbert Velten - Sprecher AGW

Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenra-
tes

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether – FBL 50

Frau Claudia Barget – FB 50

Frau Marion Becker – FB 50

Herr Thomas Tegtmeyer – FB 50

Herr Christian Symalla – FB 50

Frau Brigitte Finze-Raulf – FB 50
Herr Norbert Rüscher – FB 50
Herr Marcus Schumann – FB 50
Herr Michael Künzler – FB 50
Herr Malte Schindler – FB 50
Frau Andrea Knüsting – FB 61
Herr Hartmut Dybowski – Ref. 0500

Abwesend

Mitglieder

Herr Carsten Lehmann - FDP	entschuldigt
Herr Rolf Kamphenkel	entschuldigt
Frau Maybritt Hugo	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Verlängerung der Gebietsfreistellung der öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtbezirk 221 Weststadt | 16-03140 |
| 3 | Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt - Donauviertel"
- Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB, Organisationsstruktur | 16-02231 |
| 3.1 | Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt - Donauviertel"
- Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB, Organisationsstruktur | 16-02231-01 |
| 4 | Flüchtlingsangelegenheiten | |
| 4.1 | Sachstand der Besetzung des Dienstpostens Leitung der Abteilung 50.2 Migrationsfragen und Integration im Fachbereich Soziales und Gesundheit | 16-03151 |
| 4.2 | Aktuelle Flüchtlingssituation | 16-03242 |
| 5 | Mitteilungen | |
| 5.1 | Sozialatlas "Stadtteilprofile 2016" | 16-03237 |
| 6 | Anträge | |
| 6.1 | Braunschweig Inklusiv: Einladungen barrierefrei, mit Bedarfsabfrage | 16-02305 |
| 7 | Anfragen | |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Im Folgendend stellt sich jeder Anwesende auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden kurz vor.

2. Verlängerung der Gebietsfreistellung der öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtbezirk 221 Weststadt 16-03140

Frau Dr. Hanke erläutert den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Sie betont den Zusammenhang zwischen der Gebietsfreistellung und der Bezuschussung des Vereins Stadtteilentwicklung Weststadt e. V. durch die Wohnungsbaugesellschaften.

Ratsfrau Ohnesorge gibt zu bedenken, dass es an sozialem Wohnraum fehle, sehe aber andererseits auch die Problematik, die mit einer Ballung von Problemlagen entstehe. Auf ihre Nachfrage teilt Frau Dr. Hanke mit, dass die derzeitige Miete in diesem Bereich 5,00 € - 5,50 € pro qm betrage. Eine Beendigung der Gebietsfreistellung habe keine Auswirkungen auf die derzeitigen Mietverhältnisse, sie wäre lediglich bei einer Neuvermietung zu berücksichtigen.

Ratsfrau Naber macht Beratungsbedarf geltend.

Ratsfrau Schütze appelliert darauf hin grundsätzlich an den Ausschuss, dass dieses Instrument möglichst selten zum Einsatz kommen solle, weil es die Bedeutung des Ausschusses mindern würde. Es sei aber gute Sitte im Ausschuss der Bitte auf Beratungsbedarf nachzukommen.

Des Weiteren unterstütze sie die Vorlage der Verwaltung und hält eine Verlängerung um zwei Jahre für vertretbar, um in dieser Zeit Lösungen für die Zukunft zu erarbeiten.

Herr Symalla berichtet in seiner Funktion als Geschäftsführer des Vereins Stadtteilentwicklung Weststadt von der erfolgreichen Arbeit des Vereins, die von allen Beteiligten überaus geschätzt werde. Es sei geplant den Verein als Betreiber beim "Haus der Talente" einzusetzen. Bei einem Wegfall der Zuschüsse durch die Wohnungsbauunternehmen wäre der Weiterbestand des Vereins gefährdet.

Die CDU-Fraktion bittet um Mitteilung der Anzahl der B-Schein Berechtigten, der Bedarfslage sowie der Entwicklung. Die Beantwortung solle zur weiteren Beratungsfolge nachgeholt werden.

Ratsfrau Ohnesorge unterstützt den Antrag auf Beratungsbedarf und begründet dies mit der kontroversen Diskussion im Bündnis für Wohnen.

Der Antrag auf „passieren lassen“ wird wie folgt abgestimmt:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

3. Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt - Donauviertel" 16-02231
- Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB, Organisationsstruktur

Die Vorlage wird entsprechend der Ergänzungsvorlage 16-02231-01 beschlossen.

3.1. Städtebauförderprogramm "Soziale Stadt - Donauviertel" 16-02231-01
- Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB, Organisationsstruktur

Frau Knüsting, FB 61, erläutert die Vorlage und stellt dar, dass es sich hierbei um den Rahmen für ein städtebauliches Förderprogramm handele. Die Inhalte und Details seien gesondert zu planen und festzulegen.

Ratsfrau Schütze berichtet aus der Sitzung im Stadtbezirksrat, dass von dort eine enge Zusammenarbeit und die Einrichtung eines Verfügungsfonds gewünscht werde.

Ratfrau Johannes spricht sich darüber hinaus für eine stärkere Einbindung des FB 50 aus.

Frau Dr. Hanke versichert, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bau- und Sozialverwaltung erfolge und sie im Zweifel direkt in Abstimmung mit dem Baudezernenten tätig werde. Sie sichert darüber hinaus eine regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss zu.

Beschluss:

„Die Festlegung des Fördergebietes gem. § 171 e BauGB für das Stadterneuerungsgebiet „Donauviertel“ wird beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des in der Anlage dargestellten Organigramms die Durchführung zu organisieren.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

4. Flüchtlingsangelegenheiten

Frau Dr. Hanke fragt, ob weiterhin der regelmäßige Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung bestand haben solle. Sie würde weiterhin regelmäßig informieren, wenn Neuigkeiten zu berichten wären.

Ratsfrau Schütze und Ratsherr Merfort bitten darum, den Tagesordnungspunkt als Erinnerung auf der Tagesordnung zu belassen. Es bestehe aber Verständnis, wenn kein Bericht erfolge, weil es aktuell nichts zu berichten gäbe.

4.1. Sachstand der Besetzung des Dienstpostens Leitung der Abteilung 50.2 Migrationsfragen und Integration im Fachbereich Soziales und Gesundheit 16-03151

Die Mitteilung wird seitens der Verwaltung kurz erläutert und Frau Finze-Raulf, die kommissarische Abteilungsleiterin stellt sich kurz vor.

Frau Dr. Hanke bestätigt auf Nachfrage von Frau Ohnesorge, dass die Umstrukturierung sich als richtig erwiesen habe.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Aktuelle Flüchtlingssituation

16-03242

Frau Dr. Hanke berichtet, dass die Verwaltung zur Zeit verstärkt an dem Konzept zur Nutzung der restlichen noch im Bau befindlichen Unterkünfte arbeite. Nicht alle Einrichtungen würden zukünftig für Flüchtlinge benötigt werden. Andererseits könne sich die Lage verändern, deshalb müsse die Nachnutzung so geregelt sein, dass die Stadt flexibel reagieren könne.

Des Weiteren verweist sie auf die Mitteilung an den Rat.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5. Mitteilungen

5.1. Sozialatlas "Stadtteilprofile 2016"

16-03237

Herr Dybowski, Ref. 0500, präsentiert den überarbeiteten Sozialatlas anhand der beigefügten Präsentation.

Ratsfrau Mundlos lobt die Ausarbeitung und bittet den Sozialatlas auch den Stadtbezirksträten zur Verfügung zu stellen.

Es wird sich aufgrund des hohen Aufwandes darauf verständigt, den Sozialatlas den Bezirksgeschäftsstellen zur Auslage zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechender Hinweis per E-Mail auf die Auslage und einen möglichen Download solle erfolgen.

Im Übrigen wird die Mitteilung zur Kenntnis genommen.

6. Anträge

6.1. Braunschweig Inklusiv: Einladungen barrierefrei, mit Bedarfsabfrage

16-02305

Herr Klockgether erläutert, dass der vorliegende Antrag nicht rechtskonform sei. Der Rat der Stadt könne die Geschäftsführungen der Beteiligungsgesellschaften nicht entsprechend anweisen. Es könne lediglich eine Empfehlung erfolgen.

Ratsherr Hahn bittet den Antrag entsprechend abgeändert zu beschließen.

Folgender geänderter Beschluss wurde gefasst:

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig wird Texte für öffentliche Einladungen so überarbeiten, dass sie Menschen mit Einschränkungen die Möglichkeit geben, an Veranstaltungen möglichst barrierefrei teilzunehmen:

- mit Hilfe einer Bedarfsabfrage ("Benötigen Sie spezielle Hilfen um an dieser Veranstaltung teilzunehmen?")

Formulierungen in Leichter Sprache sowie weitere geeignete Maßnahmen

Den städtischen Beteiligungsgesellschaften wird empfohlen sich diesem Verfahren anzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

7. Anfragen

7.1. Angebote der Schuldnerberatung in Braunschweig

16-03222

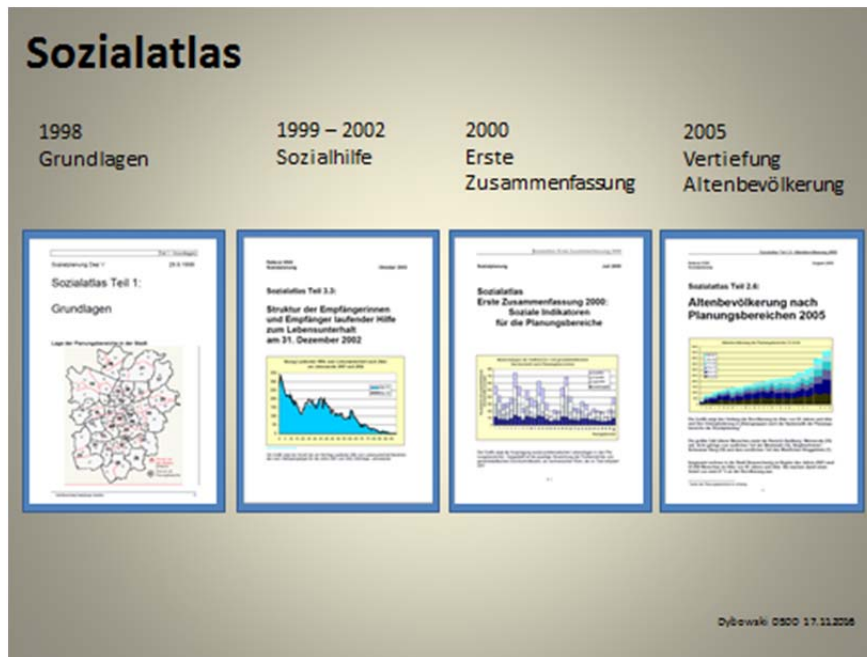
Die Anfrage wird entsprechend der Stellungnahme 16-03222-01 beantwortet.

Ratsfrau Mundlos bittet die Liste der weiteren Schuldnerberatungen zu Protokoll zu nehmen (s. Anlage 2).

gez.
Schütze
Ausschussvorsitzende

gez.
Dr. Hanke
Dezernentin


gez.
Barget
Schriftführerin



Der Sozialatlas startet 1998 mit der ersten Darstellung der Planungsbereiche. In den Folgejahren wertet die Sozialplanung die Daten der Hilfe zum Lebensunterhalt kleinräumig aus (Struktur, Verteilung, Entwicklungen). Eine erste Zusammenfassung mehrerer Indikatoren erlaubt 2000 eine Gesamtschau auf die Planungsbereiche. Mit Einführung der Grundsicherung (SGB II) wird der Zugriff auf viele Daten erschwert, zugleich wird die Sozialplanung umstrukturiert und erhält neue Aufgaben. Das führt zu einer ersten Unterbrechung. 2005 wird im Rahmen der Altenhilfeplanung eine Vertiefung erstellt.



Nach einem Ratsbeschluss 2013 zur Fortschreibung des Sozialatlas in einer vereinfachten Form wird noch im selben Jahr mit den „Stadtteilprofilen“ eine detaillierte Darstellung einiger wichtiger Indikatoren auf Stadt- und Planungsbereichsebene vorgestellt. Diese wird 2016 erweitert fortgeschrieben.



**Sozialatlas
Stadtteilprofile 2016**

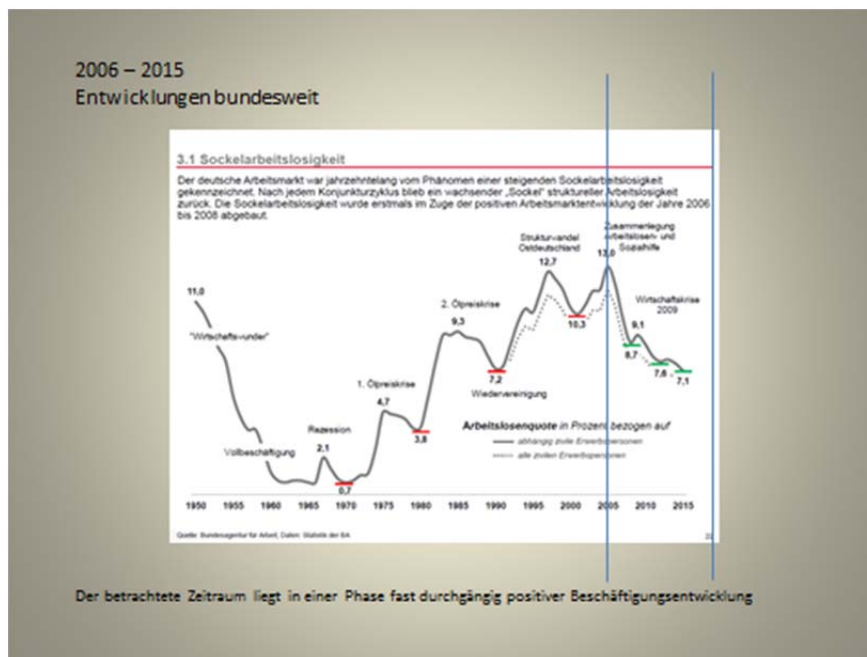
© 2016 Sozialatlas

Indikatoren für die Entwicklung der Braunschweiger Stadtteile

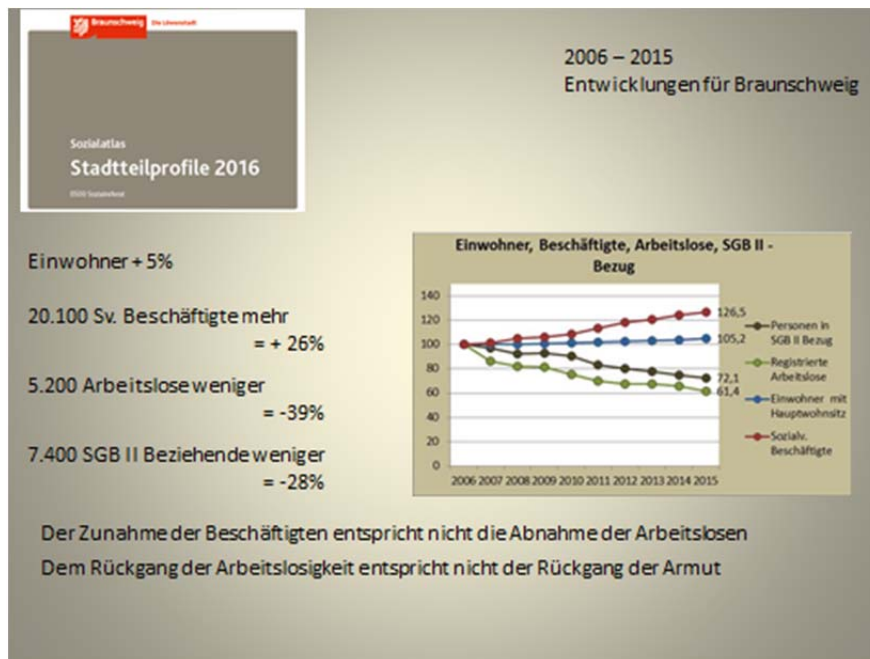
- Einwohnerentwicklung
- Altersgliederung
- Einwohnerinnen und Einwohner mit „Migrationshintergrund“
- Arbeitslos gemeldete Einwohnerinnen und Einwohner
- Beziehenden und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“)
- Kinder mit SGB II-Bezug

Stand 31.12.2015
Rückblick auf 2013
Rückblick über 10 Jahre

Die Fortschreibung 2016 gibt den Stand des Jahresendes 2015 wieder, schreibt die Entwicklungen seit den ersten Stadtteilprofilen fort und gibt einen Rückblick auf die letzten 10 Jahre, eingebettet in die bundesweiten Tendenzen.



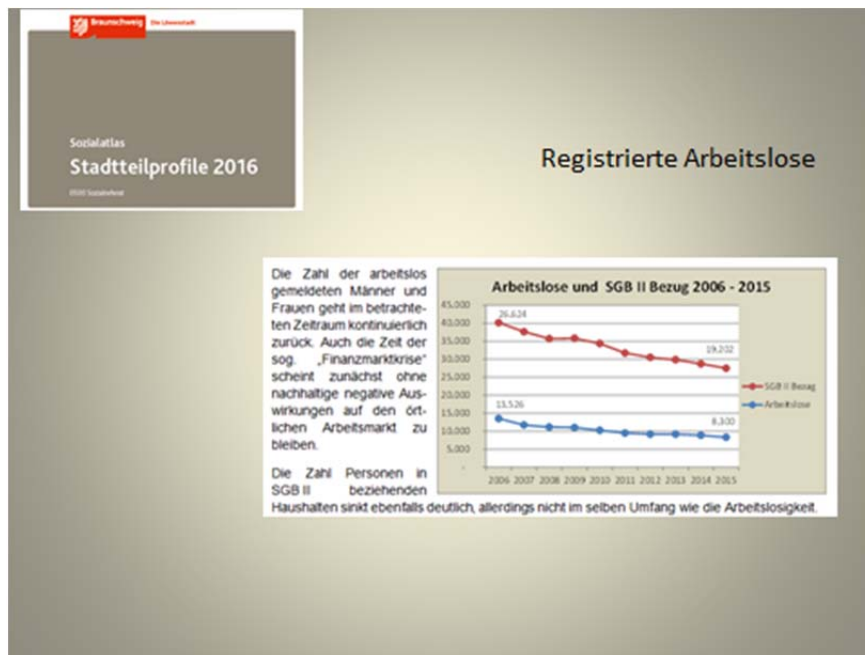
Bundesweit ist der Zeitraum von 2006 bis 2015 von einer fast durchgängig positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gekennzeichnet. Lediglich die Finanzmarktkrise führte zu einer leichten Delle in der Kurve, die den Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit aufzeigt.



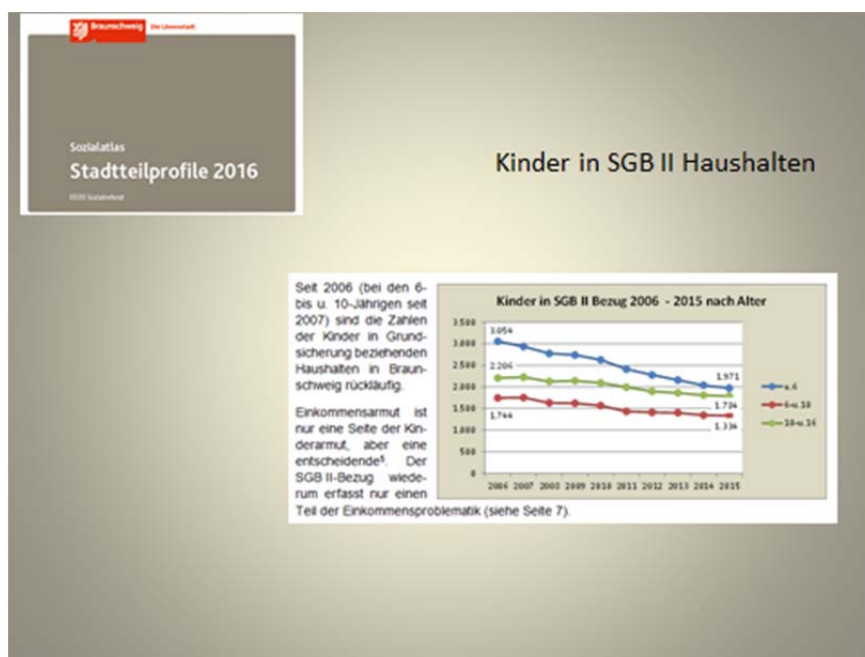
Auch für Braunschweig entwickeln sich zentrale Indikatoren positiv: Die Bevölkerung wächst, noch wesentlich stärker wächst die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Arbeitslosigkeit geht zurück, ebenso die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden. Der massive Zuwachs an SV-Beschäftigten beseitigt aber nicht die Arbeitslosigkeit, der Rückgang der Arbeitslosigkeit führt nicht im selben Maße zur Reduktion des Transfereinkommensbezugs.



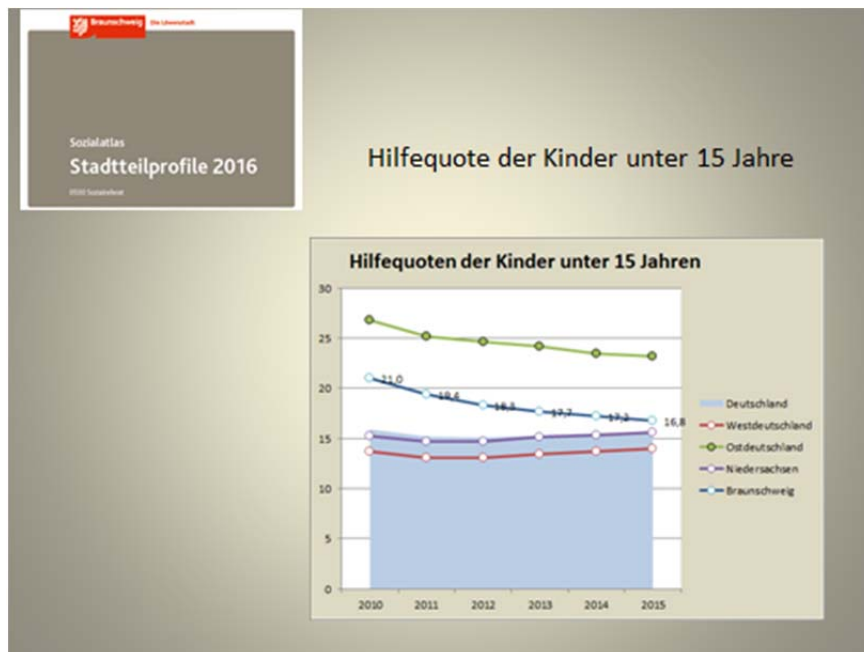
Der Anstieg der Bevölkerung zum Stichtag 31.12.2015 gibt die Realität nur unzureichend wieder. Zu dem Stichtag befinden sich in der Landesaufnahmeeinrichtung sehr viele Menschen, die sich hier nur vorübergehend aufhalten. Der deutliche Anstieg der Menschen mit „Migrationshintergrund“ von 2013 auf 2014 ist auf eine Umstellung der statistischen Erfassung zurückzuführen, die nun bei mehr Menschen als bisher Migrationserfahrungen erfasst (Geburt im Ausland als zusätzliches Merkmal).



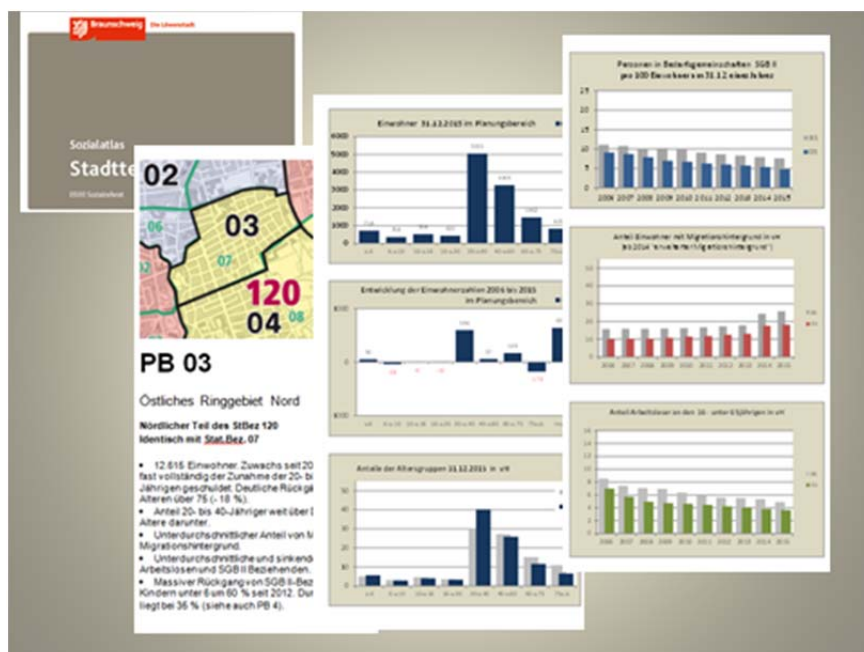
Sowohl die Zahl der registrierten Arbeitslosen wie auch die der SGB II – Beziehenden geht zurück.



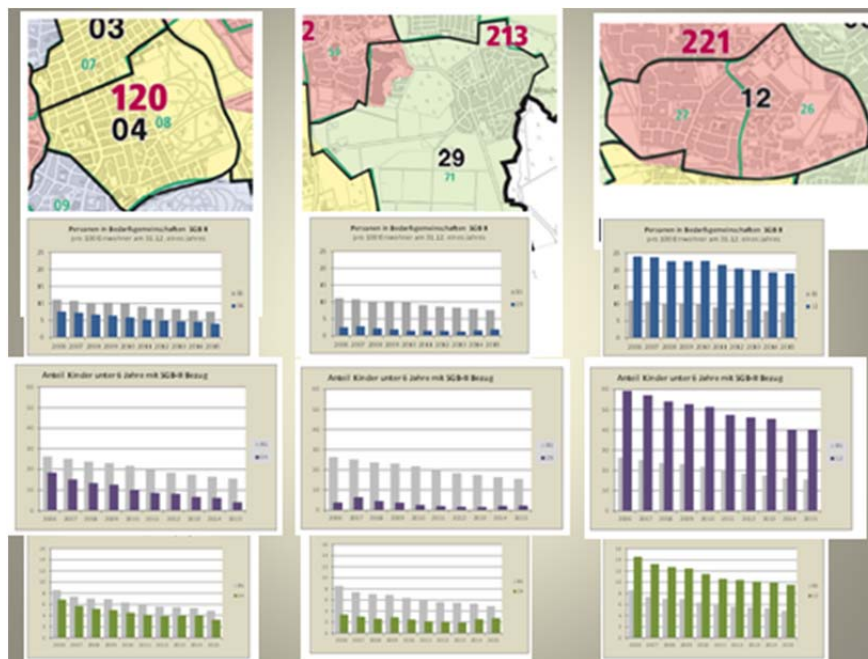
Deutlich ist auch der Rückgang der Kinder in SGB II beziehenden Haushalten. Nur teilweise ist die langfristige Entwicklung auf Rechtsänderungen zurück zu führen. Als Indikator für Kinderarmut ist der SGB II Bezug nur bedingt geeignet. Auf der kleinräumigen Ebene ist er allerdings nicht zu ersetzen.



Ein Rückblick auf den Zeitraum 2010 bis 2015 (Daten der Bundesagentur) bettet die Entwicklung der Hilfequote für Kinder unter 15 Jahren in Braunschweig in die überregionalen Entwicklungen ein. Anders als im Landes- und Bundesdurchschnitt, wo die Bedarfswerte ab 2011 wieder ansteigen, ist der positive Trend in Braunschweig bislang ungebrochen – allerdings von einem weit überdurchschnittlichen Wert 2010 auf einen Wert, der weiterhin, aber weniger deutlich, über den gesamtdeutschen Quoten liegt.



Den Kern der Stadtteilprofile bilden die Darstellungen der wesentlichen Merkmale der Planungsbereiche zum Stichtag 31.12.2015 und ihre Entwicklung seit 2006 auch im Vergleich zu den Werten der Gesamtstadt.



Der exemplarische Vergleich dreier sehr unterschiedlich strukturierter Planungsbereiche macht die Unterschiede bei den Indikatoren Migration, Arbeitslosigkeit und Grundsicherungsbezug deutlich. Am deutlichsten ausgeprägt sind die Unterschiede bezogen auf den SGB II Bezug für Kinder. Hier zeigen sich die schärfsten Trennungen in den Lebenswelten in der Stadt Braunschweig.

**Sozialatlas
Stadtteilprofile 2016**
© 2016 Stadt Braunschweig

1. Bezogen auf die betrachteten Indikatoren sind die Segregationstendenzen am geringsten ausgeprägt bei dem Indikator „Migrationshintergrund“. Menschen mit Migrationshintergrund finden sich in unterschiedlichem Maße in allen Stadtteilen.
2. Auch arbeitslos Gemeldete finden sich in allen Stadtteilen. Arbeitslosigkeit findet sich in allen Bereichen abhängiger Erwerbstätigkeit und somit auch in den unterschiedlichen sozialen Schichten, in unterschiedlichen Ausmaßen.
3. Die Unterschiede im Bezug von Grundsicherungsleistungen sind wesentlich extremer. Haushalte mit Grundsicherungsbezug sind auf Wohnraum angewiesen, dessen Preis sich an den Obergrenzen der „Kosten der Unterkunft“ orientieren muss. Diesen „preisgünstigen Wohnraum“ gibt es nicht in allen Teilen der Stadt, daher liegt eine Konzentration von Transferbezug auf einzelne Stadtteile auf der Hand.
4. Kein Indikator trennt die Lebenswelten der Menschen in der Stadt so sehr wie der, der auf die Problematik Kinderarmut hinweist. Der überwiegende Teil der armen und armutsgefährdeten Kinder wächst auf und wohnt in Stadtteilen und Wohngebieten, deren Bevölkerung hohe Anteile von arbeitslosen und Transfereinkommen beziehenden Menschen aufweist.

**Zusammengefasst:
Wie geteilt ist die Stadt?**

Anhand von vier Indikatoren wird die Frage beantwortet, wie weit die Stadt geteilt ist. Der Migrationsstatus trennt dabei am wenigsten. Auch Arbeitslosigkeit findet sich in allen Stadtteilen, in unterschiedlichem Maße. Der Bezug von Transferleistungen konzentriert soziale Probleme mehr oder weniger stark auf Stadtteile mit preisgünstigen Wohnangeboten. Dies betrifft in besonderem Maße Transfereinkommen beziehende Haushalte mit Kindern.



**Zusammengefasst:
Welche Handlungs-
Möglichkeiten gibt es?**

Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten, Segregation zu vermeiden oder Segregationstendenzen vorzubeugen oder einzuschränken, sind begrenzt.

Wer nur ein geringes Haushaltseinkommen aufweist und/oder auf Transferleistungen angewiesen ist, kann sich nur im unteren Preissegment der Mietwohnungen bewerben. Konzentrieren sich diese auf wenige Stadtteile, konzentrieren sich dort auch die Menschen mit geringem Einkommen. Der Einfluss der Stadt auf die materielle Situation der Haushalte ist begrenzt, dem entsprechend kann auf diesem Weg wenig Einfluss auf marktbedingte Segregationstendenzen genommen werden.

Der größte zu erwartende Steuerungseffekt wäre durch die Umsetzung des Ratsbeschlusses *Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen* in seinen quantitativen (1260 zusätzliche preiswerte Wohnungen) und seinen qualitativen („soziale Durchmischung“) Anforderungen zu erzielen.

Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten bezogen auf die persönlichen Merkmale wie Migrationshintergrund, Arbeitslosigkeit, Transferleistungsbezug sind begrenzt. Entscheidend für die Gestaltung von Segregationstendenzen ist die Gestaltung des Wohnungsmarkts. Hier sei auf die Ansätze des Ratsbeschlusses *Erstellung eines kommunalen Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen* hingewiesen.



Prognose?

Keine Prognose möglich

Wirtschaftsentwicklung global unsicher
Europäische Entwicklung unklar
Hohe Abhängigkeit von der regionalen Wirtschaftsstruktur

Bislang kein Abbau des Sockels der Langzeitarbeitslosigkeit
- machbar nicht allein mit kommunalen Anstrengungen

Entwicklung der Zuwanderung völlig unklar. Situation in Syrien und der Türkei. Europäische Antwort???

DyBowski 0500 17.11.2016

Die weitere Entwicklung hängt maßgeblich von Faktoren ab, auf die die Stadt Braunschweig wenig Einfluss hat. Angefangen von Unsicherheiten in der Weltwirtschaft (USA) über die Entwicklung in den südeuropäischen Volkswirtschaften und der Situation bei VW, über die Frage, ob es Arbeitsangebote geben wird, die auch von den dauerhaft von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen erreicht werden können, bis zur unklaren Entwicklung der Flüchtlingsbewegungen vor dem Hintergrund des Krieges in Syrien und des Verhaltens der Türkei.



Zwischen den Stadtteilprofilen 2013 und denen von 2016 liegen drei Jahre der Entwicklung. Einen kürzeren Zeitraum zu untersuchen könnte den Blick auf die dahinter verborgenen langfristigen Trends verstellen. Deshalb erscheint ein Drei-Jahres-Zeitraum ein guter Mittelweg, der Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen fundieren kann, aber auch als strategisches Instrument helfen kann, eine mittelfristige Steuerung der Stadtentwicklung zu unterstützen.

Dybowski

17.11.2016

AWO Arbeitsmarktprojekte - AWO Bezirksverband Braunschweig -

Steinweg 34

38114 Braunschweig

Telefon Nr: 0531-886892-16

Email: balz@awo-bs.de

DRK KV Braunschweig Salzgitter e. V. - Schuldnerberatungsstelle -

Münzstr. 16

38102 Braunschweig

Telefon Nr: 0531-22031-0

Email: schuldnerberatung@drk-kv-bs-sz.de

ADN Schuldnerberatung e.V.BST Braunschweig

Löwenwall 6

38100 Braunschweig

Telefon Nr: 0531/24225-0

Bundesvereinigung Schuldner & Sozialberatung BSS e.V.

Rudolfstr. 5

38118 Braunschweig

Telefon Nr: 0531 2876431

Schuldnerberatung für Menschen in Niedersachsen e.V.

Am Hauptgüterbahnhof 27

38126 Braunschweig